

1. Kinder in der Grundschule brauchen ein allseitiges Bildungsangebot

<p>FDP/DVP Die Erfahrungen der Grundschulzeit sind von ebenso grundlegender wie entscheidender Bedeutung für die Entwicklung und die Bildungsbiographie eines Menschen. Ziel muss deshalb ein möglichst breit angelegtes, qualitativ hochwertiges und sowohl Grundlagen vermittelndes als auch Begabungen und Neigungen förderndes Bildungsangebot für jedes Kind sein. Die FDP/DVP Fraktion hat vor diesem Hintergrund die Erhöhung der Kontingenzstundentafel auf 102 Wochenstunden in der Grundschulzeit ausdrücklich unterstützt. Wir sind stets dafür eingetreten, sowohl Deutsch und Mathematik zu stärken als auch die weiteren Fächer wie beispielsweise Kunst, Musik und Sachkunde eigenständig zu unterrichten beziehungsweise auf Fächerverbünde zu verzichten. Den späteren Beginn der Grundschulfremdsprache ab Klasse 3 haben wir im Interesse eines gestärkten Anfangsunterrichts in Deutsch mitgetragen. Wir bestehen aber darauf, dass es zu keinen weiteren Einschränkungen bei der Grundschulfremdsprache kommt. Den Grundschulen muss darüber hinaus das Stundenkontingenz für Förderangebote vor allem in Deutsch und Mathematik verlässlich zur Verfügung stehen. Außerdem treten wir dafür ein, dass neben dem christlichen Religionsunterricht einerseits islamischer Religionsunterricht in deutscher Sprache mit dem Ziel der Flächendeckung ausgebaut wird - auch als wirksames Mittel, um islamistischen Hasspredigern den Boden zu entziehen – und dass andererseits ab Klasse 1 flächendeckend Ethik angeboten wird – als alternatives Angebot des Wertediskurses für Schüler, die nicht an einem konfessionellen Religionsunterricht teilnehmen wollen. Für unerlässlich halten wir schließlich eine fundierte, früh einsetzende Medienbildung, die neben Kenntnissen vor allem auch den verantwortungsvollen Umgang mit den Medien vermittelt und hierbei auch die Eltern mit einbezieht.</p> <p>Darüber hinaus haben wir sowohl in der vergangenen wie in dieser Legislaturperiode einen Gesetzentwurf zur Ganztagschule im Schulgesetz eingebracht. Um Wahlfreiheit zu schaffen und den Bedürfnissen des jeweiligen Kindes und seiner Familie gerecht zu werden, setzen wir uns dafür ein, sowohl die gebundene als auch die offene Ganztagschule mit Unterricht am Vormittag und frei wählbaren – und dann für ein Schuljahr oder Schulhalbjahr verbindlichen – Angeboten am Nachmittag im Schulgesetz zu verankern.</p>	<p>Die Bedeutung der grundlegenden Bildung in der GS wird gesehen. Erhöhung der Kontingenzstundentafel auf 102 mitgetragen. D und M stärken, Fächerverbünde auflösen, andere Fächer eigenständig stärken. Späterer Beginn der Fremdsprache ab Klasse 3 zugunsten Stärkung des Anfangsunterrichts in D war richtig. Keine weitere Schwächung des Fremdsprachen-U. Verlässliche Stunden zur Förderung in D und M. Flächendeckender Ausbau des islamischer Reli-U. und Ethik ab Klasse 1. Früh einsetzende Medienbildung unerlässlich. GTS sowohl gebunden als auch offen mit U. am Vormittag, frei wählbare Angebote am Nachmittag.. Eltern wählen frei für ein Halbjahr bzw. ein Schuljahr.</p>
<p>SPD Die Grundlagen für eine erfolgreiche Bildungsbiographie werden im Kindesalter gelegt. Für die SPD ist es deswegen wichtig, diesen Bereich – mit besonderem Augenmerk auf den Übergang von Kita in die Grundschule – zu stärken. Die SPD Landtagsfraktion hat einen „8-Punkte-Plan für eine starke Grundschule“ (https://www.spd-landtag-bw.de/8-punkte-plan-fuer-starke-grundschulen/verfasst). In diesem schlagen wir unter anderem eine Enquête-Kommission vor, die Handlungsempfehlungen formulieren und konkrete Maßnahmen zu wichtigen bildungspolitischen Zielsetzungen (z.B. Bildungsungleichheit vermindern, bestmögliche Förderung jedes Kindes bei wachsender Heterogenität, Steigerung der Leistungsfähigkeit, Sicherstellung von Betreuungs- und Unterrichtsversorgung) vorschlagen soll.</p>	<p>GS stärken, Augenmerk auf Übergang Kita-GS. (s. 8-Punkte-Plan für eine starke GS), Einrichtung einer Enquête-Kommission (Bildungsungleichheit vermindern, bestmögliche Förderung jedes Kindes bei wachsender Heterogenität, Steigerung der Leistungsfähigkeit, Sicherstellung von Betreuungs- und Unterrichtsversorgung)</p>
<p>GRÜNE Wir Grüne wollen die Qualität der Grundschule weiter stärken, damit alle Schüler*innen bestmöglich starten. Im Vordergrund steht dabei, Grundkenntnisse in Lesen, Schreiben und Rechnen zu erlernen, denn diese Grundfertigkeiten sind für einen erfolgreichen weiteren Bildungsweg entscheidend. Darauf aufbauend streben wir ein ganzheitliches und allseitiges Lernen an. Hierfür konzipieren wir den Einsatz multiprofessioneller Teams, die sich zum Beispiel aus Pädagoge:innen, Psycholog:innen, Ergo- und Lerntherapeut:innen zusammensetzen. Gemeinsam können sie die Kinder vielfältig fördern. Neben Grundfertigkeiten setzen wir auf einen allumfassenden Bildungsbegriff. Zudem können Ganztagschulen dabei einen wichtigen Beitrag leisten.</p>	<p>Qualität der GS weiter stärken. (Grundkenntnisse in Lesen, Schreiben und Rechnen). Darauf baut ganzheitliches und allseitiges Lernen auf. Einsatz multiprofessioneller Teams, die Kinder gemeinsam vielfältig fördern. Wichtiger Beitrag dazu: GTS</p>
<p>CDU Jedes Kind soll seinen Platz im Schulsystem finden. Dafür unterstützen wir alle Schularten im vielseitigen differenzierten Schulsystem in Baden-Württemberg. Es geht nicht darum, jedem Kind das Gleiche anzubieten, sondern das Richtige. Dabei kommt es auch auf erfolgreiche Übergänge an – zwischen frühkindlicher Bildung und Grundschule, zwischen Grundschule und weiterführenden Schulen und beim Wechsel zwischen Schularten. Wir stehen für eine flächendeckende Förderung der Grundschulförderklassen. Gemäß dem Grundsatz „Kurze Wege“ wollen wir unsere kleinen Grundschulen erhalten. Der Fokus bei der kindergerechten Vermittlung von Bildungsinhalten liegt dabei auf den Grundfähigkeiten Lesen, Rechnen, Schreiben und der motorischen und sozialen Bildung.</p>	<p>Jedes Kind soll seinen Platz im Schulsystem finden. Nicht allen das Gleiche, sondern das Richtige. Übergänge erfolgreich gestalten. Flächendeckend Förderung der GS-Förderklassen. Kleine GS erhalten. Fokus auf den Grundfähigkeiten Lesen, Rechnen Schreiben, motorische und soziale Bildung.</p>

2. Kinder in der Grundschule brauchen ein kindergerechtes Leistungskonzept

<p>FDP/DVP Nach Auffassung der FDP/DVP bedarf es in Schule und Unterricht sowohl der Unterstützung und Förderung von individuellen Lernfortschritten und Leistungen als auch des Einforderns von festgelegten Leistungszielen. Zweifellos ist es wichtig, wie der Grundschulverband anmahnt, die schulische Bildung eines jungen Menschen nicht allein auf den Zweck von Schulnoten auszurichten, sondern Bildung umfassend zu begreifen und dies den Schülerinnen und Schülern auch zu vermitteln. Gleichzeitig halten wir Noten für eine unverzichtbare Form der Rückmeldung insbesondere an die Schülerinnen, Schüler und ihre Eltern hinsichtlich des erreichten Leistungsstandes. Und auch im Fall einer Bewerbung sind Noten zur Einschätzung entscheidend. Selbstverständlich können und sollten Noten durch individuelle verbale Rückmeldungen ergänzt, aber nicht ersetzt werden. Damit an den weiterführenden Schulen Klassen aus Schülern mit vergleichbaren Leistungsvoraussetzungen gebildet werden können und jede Schülerin und jeder Schüler bestmöglich gefördert werden kann, wollen wir eine verbindliche Grundschulempfehlung wiedereinführen. Wichtig ist uns dabei, dass es eine Möglichkeit der Überprüfung der Grundschulempfehlung gibt. Ein Schüler, der sich ohne entsprechende Grundschulempfehlung an einer weiterführenden Schule bewirbt, soll dort eine Aufnahmeprüfung auf der Grundlage einheitlicher Standards absolvieren können. Besteht er die Prüfung, gilt die Aufnahme nur für die betreffende Schule. Für einen gelingenden Übergang von der Grundschule in die weiterführende Schule ist nach unserer Überzeugung der Erfahrungs- und Informationsaustausch der betroffenen Eltern, Schüler und Lehrkräfte entscheidend. Neben einer verbindlichen Grundschulempfehlung bedarf es deshalb qualifizierter Beratungsangebote für die Eltern und verbindlicher Eltern-Lehrer-Gespräche.</p>	<p>Sowohl Unterstützung und Förderung von individuellen Lernfortschritten und Leistungen als auch Einfordern von festgelegten Leistungszielen. Bildung ist umfassend zu begreifen. Noten unverzichtbare Form der Rückmeldung. Können durch individuelle verbale Rückmeldungen ergänzt aber nicht ersetzt werden. GSE verbindlich, muss allerdings überprüft werden können. Aufnahmeprüfung, sofern GSE die Schulart nicht vorsieht. Ergänzung durch qualifizierte Beratungsangebote für Eltern und verbindliche Eltern-Lehrer-Gespräche.</p>
--	--

<p>SPD Für ein kindergerechtes Leistungskonzept ist mehr individuelle Förderung notwendig. Deswegen will die SPD acht Poolstunden für individuelle Förderung an den Grundschulen. In der letzten Legislatur hat die SPD die Erweiterung der Stundentafel eingeleitet. Sie umfasst heute 102 Stunden und kann durchaus noch weiter ausgebaut werden. Zur Verbesserung der individuellen Förderung zählt für uns auch, dass die Stunden für Vorbereitungsklassen erhöht werden. Wichtig ist, dass den Schulen zusätzliche Ressourcen zur Verfügung gestellt werden. Reine Umschichtungen wie sie auf Kosten des Französisch- und Englischunterrichts in dieser Legislatur stattgefunden haben helfen nicht.</p>	<p>Mehr individuelle Förderung notwendig. Forderung 8 Poolstunden dazu an die GS. Kontingentstundentafel kann weiter ausgebaut werden. Erhöhung der Stunden für VKL. GS benötigen zusätzliche Ressourcen. Reine Umschichtungen (wie im Bereich Fremdsprache, D) dabei wenig hilfreich.</p>
<p>GRÜNE Unser Ziel ist unter anderem, Kindern den Weg für gute Leistungen frei zu machen. An dieser Stelle wollen wir den Leistungsbegriff neu denken und eine differenzierte Leistungsbewertung statt reiner Ziffernnoten ermöglichen. Der Grundsatz „gleiche Leistung - gleiche Note“ bleibt auch hier erhalten. Die Differenzierung soll es den Schülern allerdings ermöglichen, unterschiedliche Stärken optimal in der Leistungsüberprüfung einzubringen. Beim Wechsel auf die weiterführende Schule setzen wir weiterhin auf die bewährte Kombination von qualifizierter Beratung durch die Schulen und Verantwortung der Eltern. Um sie bestmöglich bei ihrer Entscheidung zu unterstützen, haben wir die Beratung weiter ausgebaut, diese kann durch nicht bewertete Lernstandsdiagnosen begleitet werden. Eine verbindliche Grundschulempfehlung lehnen wir ab.</p>	<p>Leistungsbegriff neu denken, differenzierte Leistungsbewertung statt reiner Ziffernnoten. „Gleiche Leistung - gleiche Note“ bleibt erhalten. Durch Differenzierung sollen SuS ihre Stärken in die Leistungsüberprüfung einbringen. Wechsel auf Sek-Schulen: qualifizierte Elternberatung und Verantwortung der Eltern. Ablehnung verbindliche GSE</p>
<p>CDU Wir werden das baden-württembergische Schulsystem konsequent an Qualität und Leistungsfähigkeit ausrichten. An den Grundschulen braucht es ein besonders hohes Maß an pädagogischem Feingefühl und kindgerechter Vermittlung von Bildungsinhalten (Wissen und Fähigkeiten). Beim Übergang von Grundschule auf eine weiterführende Schule wird jedem Kind die Schulart empfohlen, an der es bestmöglich gefördert werden kann. Sie soll seiner Entwicklung und seinem Bildungsstand entsprechen. Jedes Kind soll weder über- noch unterfordert werden. Von Anfang an werden die Eltern regelmäßig an der Grundschule beraten. Dafür ist die kontinuierliche Beobachtung des Kindes, seiner Entwicklung und seiner Arbeitsweise Grundlage. Wir haben dafür gesorgt, dass die darauf basierende Grundschulempfehlung den weiterführenden Schulen wieder vorgelegt wird, damit sie sich auf den Entwicklungs- und Leistungsstand der Kinder einstellen können. Auf dieser Basis werden wir in der kommenden Wahlperiode eine verbindliche Grundschulempfehlung einführen. Darüber hinaus wollen wir, dass die Entscheidung über den weiteren Schulweg durch Beratungsverfahren und qualifizierte Beratungslehrkräfte unterstützt wird.</p>	<p>Das bw Schulsystem konsequent an Qualität und Leistungsfähigkeit ausrichten. GS braucht päd. Feingefühl und kindergerechte Vermittlung von Bildungsinhalten. Übergang Sek-Bereich: Über- bzw. Unterforderung vermeiden. Eltern beraten. GSE den weiterführenden Schulen vorlegen. Ziel: verbindliche GSE. Entscheidung wird durch Beratungsverfahren und qualifizierte Beratungslehrkräfte unterstützt.</p>

3. Kinder in der Grundschule brauchen anregungsreiche Lernumgebungen

<p>FDP/DVP Nach unserer Auffassung weist der Grundschulverband zu Recht auf die Bedeutung von geeigneten und anregenden Räumlichkeiten für Schule und Unterricht hin. Guter Unterricht ist auf Räumlichkeiten angewiesen, die sich in gutem Zustand befinden und deren Ausstattung auf der Höhe der Zeit ist. Wir sind der Überzeugung, dass wir unseren Kindern, aber auch ihren Lehrern gepflegte Schulgebäude schuldig sind. Die Schulbauförderung des Landes war zumindest bisher jedoch durch eine Schieflage gekennzeichnet. Allein der Neubau, oder die Erweiterung eines Schulgebäudes mit Grundrissänderung sollten bezuschusst werden können, und das nur, sofern zwingende schulische Gründe vorlagen. Da das pädagogische Konzept der Gemeinschaftsschulen von vornherein einen „zwingenden schulischen Grund“ darstellt, war sie bei der Schulbauförderung im Vorteil, während andere Schularten mit einem einfachen Bedarf an Sanierung und Modernisierung ihrer Schulgebäude leer ausgingen. Die FDP/DVP Fraktion hat sich deshalb dafür eingesetzt, dass sowohl Umbau und Erweiterung als auch Sanierung und Modernisierung bestehender Schulgebäude gefördert werden können. Die Landesregierung hat mittlerweile auch die Sanierung regulär in die Schulbauförderung aufgenommen. Dies begrüßen wir ausdrücklich und fordern, hierbei nun auch die Chance einer sinnvollen Verzahnung von Schulbausanierung und -modernisierung einerseits und der Digitalisierung der Schulen andererseits zu nutzen. Wir wollen starke Anreize für die kommunalen Schulträger schaffen, ihre Schulgebäude aufgabengerecht auszustatten, zu pflegen und zu modernisieren. Außerdem gilt es, dafür Sorge zu tragen, dass die Schulen in freier Trägerschaft bei der Schulbauförderung in gleicher Weise wie die kommunal getragenen Schulen berücksichtigt werden.</p> <p>Festhalten werden wir am Prinzip „kurze Beine, kurze Wege“ und werden dafür auch kleinere ortsnahe Grundschulen erhalten. Wie oben bereits dargestellt, treten wir dafür ein, dass neben der gebundenen auch die offene Ganztagschule mit Unterricht am Vormittag und frei wählbaren – und für ein Schuljahr oder Schulhalbjahr verbindliches – Angeboten am Nachmittag im Schulgesetz verankert wird. Von einer dadurch gestärkten Wahlfreiheit beim Ganztag erhoffen wir uns auch verbesserte Möglichkeiten der Kooperation mit außerschulischen Partnern. Wir wollen darüber hinaus die Kooperationen von Schulen mit außerschulischen Partnern beispielsweise im Bereich der Musik, des Sports, der Kirchen oder der Jugendarbeit fördern und schlagen hierfür ein Kooperationsbudget für die Schulen vor.</p>	<p>Passende, gepflegte Räume, die auch in der Ausstattung auf der Höhe der Zeit sind, sind wichtig. Schulbauförderung des Landes in Schieflage. Auch Neubau und Erweiterung sollten bezuschusst werden. GMS ist aktuell dabei im Vorteil, andere Schularten gingen leer aus. Das hat sich jetzt geändert, auch die anderen Schulen werden unterstützt. Bei Baumaßnahmen aller Art muss eine Verzahnung mit der Digitalisierung der Schulen vorgenommen werden. FDP will starke Anreize schaffen, damit kommunale Schulträger ihre Schulgebäude aufgabengerecht ausstatten, pflegen und modernisieren. Dies gilt auch für Schulen in freier Trägerschaft. Kurze Beine, kurze Wege - kleine, ortsnahe GS erhalten. Wahlfreiheit für den Ganztag, Zur Möglichkeit der Kooperation mit außerschulischen Partnern sollen Schulen ein Kooperationsbudget erhalten.</p>
<p>SPD Die SPD hat unter Kultusminister Andreas Stoch 2014 die Ganztagschule gesetzlich verankert. Die längere Zeit in der GTS ist für uns „Bildungszeit“ und nicht nur reine Betreuung. Dementsprechend muss eine Ganztagschule auch aufgestellt sein: mit einem qualitativ-hochwertigen, rhythmisierten Angebot. Zudem ermöglichen es Ganztagschulen, den Schülerinnen und Schülern eine bessere individuelle Förderung anzubieten, vielseitige Lernchancen zu eröffnen und die Lernerfolge zu steigern. Im Mittelpunkt stehen die Stärkung der eigenen Persönlichkeit und des sozialen Miteinanders, sodass die Ganztagschule auch Erfahrungsraum für unsere Demokratie ist. Unser Ziel ist, dass im Jahr 2025 mindestens 50 Prozent der Grundschulen Ganztagschulen sein werden. Da die Organisation von Ganztagschulen mit einem hohen Verwaltungsaufwand verbunden ist, fordern wir u.a. die Verdopplung der Entlastungsstunden für Schulleitungen zur Koordination des Ganztags. Weiteres haben wir in unserem Positionspapier zur Ganztagschule formuliert. (https://www.spd-landtag-bw.de/zukunft-der-ganztagschule/)</p>	<p>GTS 2014 unter Stoch im Schulgesetz verankert. Verstanden als Bildungszeit, nicht nur Betreuung. GTS braucht qualitativ-hochwertiges, rhythmisiertes Angebot. Ziel: individuelle Förderung, vielseitige Lernangebote, Stärkung der Persönlichkeit und des sozialen Miteinanders, so dass Erfahrungsraum für Demokratie ist. 2025 mind. 50% GTS. Dabei Verdopplung der Entlastungsstunden für SL. S. Positionspapier GTS</p>

<p>GRÜNE Ansprechende Räumlichkeiten, die Schule tatsächlich zu einem Lern- und Lebensort machen an dem sich Schüler:innen genauso wie Lehrer:innen wohl fühlen, sind essenziell. Das brauchen wir vor allem auch im Bereich des Ganztagsunterrichts. Ein qualitativ hochwertiges schulisches Ganztagsangebot kann Schüler:innen in ihrer Entwicklung ganzheitlich fördern. Deshalb wollen wir die Qualität des rhythmisierten Ganztags stärken. Die Einbeziehung von außerschulischen Partnern wie Vereinen oder Musikschulen stärkt dabei die Verankerung vor Ort und bietet ein ganzheitliches Angebot. Vor diesem Hintergrund soll auch die Gesundheitsförderung in Schulen verankert werden. Gerade in Grundschulen ist eine wohltuende Umgebung und ausgewogene Ernährung wichtig. Wir wollen, dass schon unsere Kleinsten lernen, was zu einem gesunden Leben gehört. Wir befürworten deshalb landesweite Kampagnen und Konzepte für gesundes Essen in Mensen und Kantinen.</p>	<p>Schule muss durch ansprechende Räumlichkeiten zum Lern- und Lebensort werden. Besonders für GTS. Qualität des Rhythmisierten Ganztags stärken, Einbeziehung von außerschulischen Partnern dadurch ganzheitliches Angebot. Gesundheitsförderung in Schulen verankern. Ausgewogene Ernährung. Landesweite Kampagne für gesundes Essen in Mensen und Kantinen.</p>
<p>CDU Für uns stehen unsere Kinder im Mittelpunkt der Bildungspolitik. Jedem Einzelnen mit seinen Begabungen und Fähigkeiten, seinem familiären und sozialen Hintergrund und mit seinen Bedürfnissen wollen wir in unserem Bildungssystem gerecht werden. Bildung vermittelt nicht nur fachliche Kompetenzen, sondern unterstützt die Persönlichkeitsentwicklung. Für uns gehören kreative Anregungen und motivierendes Lernen selbstverständlich entscheidend als Erfolgsfaktoren zu guter Grundschulbildung.</p>	<p>Kinder im Mittelpunkt der Bildungspolitik. Ziel ist, deren Unterschieden gerecht zu werden. Bildung unterstützt auch die Persönlichkeitsentwicklung. Kreative Anregungen und motivierendes Lernen entscheidend als Erfolgsfaktoren zu guter Grundschulbildung.</p>
<p>4. Kinder in der Grundschule brauchen eine qualitätsvolle Personalausstattung</p>	
<p>FDP/DVP Mit 290 unbesetzten Lehrerstellen zum Schuljahresbeginn 2020/21 waren die Grundschulen erneut die am stärksten vom Lehrermangel betroffene Schulart. Zur Bekämpfung des Lehrermangels wollen wir die Zahl der Studienplätze ausweiten und die Arbeitsbedingungen verbessern, indem wir z. B. die zeitweilige Arbeitslosigkeit von Vertretungslehrkräften und Referendaren über die Sommerferien beenden und den Beförderungsstau bei Fachlehrkräften und Technischen Lehrkräften abbauen. Auch wollen die Möglichkeiten des Quereinstiegs verbessern, indem ausreichend Nachqualifizierungsangebote geschaffen werden. Schließlich wollen wir möglichst viel Eigenverantwortung der Schulen bei der Personalauswahl und -entwicklung. Wir treten dafür ein, jeder Schule ein verlässliches Personalbudget nach dem Modell 100 Prozent für den Pflichtunterricht plus X Prozent für Vertretungsunterricht und eigene Schwerpunkte zu geben. Die genaue Höhe von X müsste in Abhängigkeit des Bedarfs der jeweiligen Schulart noch bestimmt werden. Für eine solide Planung des Ressourceneinsatzes ist es erforderlich, den Bedarf an Bildungsangeboten zu kennen und für die Zukunft vorausberechnen zu können. Deshalb schlagen wir eine umfassende Bedarfserhebung der Lehrerstellen in Baden-Württemberg vor. Auf dieser Grundlage wäre auch eine transparente, auskömmliche und verlässliche Berechnung der Ressourcenausstattung der einzelnen Schulen möglich.</p> <p>Was die Forderung nach einer Höhergruppierung der Grundschullehrkräfte angeht, bitten wir um Verständnis, dass wir mit Blick auf die zur Verfügung stehenden Ressourcen keine Zusagen machen wollen, die wir nicht halten können. Wir wollen aber eine gesetzliche Regelung schaffen, dass Lehrkräfte, die an Grundschulen besonders qualifizierte Tätigkeiten wahrnehmen, eine Zulage erhalten können; einen entsprechenden Antrag hat die FDP/DVP Fraktion in den Beratungen zum Haushalt 2020/21 eingereicht. Auch wollen wir spezielle Weiterbildungsangebote für Lehrerinnen und Lehrer an Grundschulen schaffen und jeder einzelnen Schule dafür ein eigenes Weiterbildungsbudget zuweisen. Wir können an dieser Stelle nur betonen, dass wir die Grundschullehrerinnen und -lehrer sowie ihre Anliegen nicht vergessen. Die FDP/DVP Fraktion war es, die in Zeiten liberaler Regierungsverantwortung gegenüber dem damaligen Koalitionspartner CDU durchgesetzt hat, dass die Regelstudienzeit für angehende Grundschullehrkräfte von sechs auf acht Semester und somit auf die Höhe der damals ebenfalls neu festgelegten Regelstudienzeit für das Haupt-, Werkrealschul- und Realschullehramt angehoben wurde.</p> <p>Schließlich wollen wir die Schulleitungen von Verwaltungsaufgaben entlasten. Entlastung erhoffen wir uns von Schulverwaltungsassistenten für jede Schule, wahlweise Anrechnungsstunden für Verwaltungstätigkeiten, sowie von Systemadministratoren. Auch eine Erhöhung der Leitungszeit unterstützen wir, wenn die Unterrichtszeit kompensiert werden kann.</p>	<p>Bekämpfung des Lehrermangels nötig: Zahl der Studienplätze erweitern, Arbeitsbedingungen verbessern (Arbeitslosigkeit über Sommerferien beenden, Beförderungsstau bei Fachlehrkräften und Techn. Lehrkräften abbauen, Quereinstieg verbessern durch Schaffung von Angeboten zur Nachqualifizierung). Schulen möglichst viel Eigenverantwortung bei Personalausbau. Dazu verlässliches Personalbudget: 100% Pflichtunterricht + X in Abhängigkeit der jeweiligen Schulart. Bedarf kennen und vorausberechnen. Dazu: umfassende Bedarfserhebung. Daraus folgernd eine transparente, auskömmliche und verlässliche Ressourcenausstattung ermöglichen. Derzeit keine Ressourcen für Höhergruppierung der Lehrkräfte der GS. Aber: Lehrkräfte, die besondere Tätigkeiten wahrnehmen sollen Zulage erhalten. Spezielle Weiterbildungsangebote an GS, dafür erhält jede GS ein Weiterbildungsbudget. Schulleitung durch Schulassistenten und Systemadministratoren von Verwaltungsaufgaben entlasten und Erhöhung der Leitungszeit (wenn dies nicht zu Lasten der Unterrichtszeit geht)</p>
<p>SPD Die SPD sieht ebenfalls die Notwendigkeit den Lehrkräftemangel zu beheben und den Versorgungsgrad an den Schulen auf zumindest 106 % zu erhöhen. Außerdem müssen die zu Anfang der Legislatur durchgeführten Stellenstreichungen rückgängig gemacht werden. Zudem hilft es auch den Grundschulen, zum Beispiel an den Gemeinschaftsschulen, wenn Gymnasiallehrkräfte, die bisher noch kein Stellenangebot erhalten haben, ins System geholt werden. Durch Verschiebungen können in diesem Zuge auch derzeit anderweitig eingesetzte Grundschullehrkräfte wieder verstärkt oder ausschließlich an den Grundschulen tätig werden. Mit Blick auf den hohen Bedarf an Lehrkräften für die Grundschulen muss das Berufsbild sowohl im Vergleich mit den Lehrbefähigungen für die Sekundarstufe I und II als auch mit den Bedingungen in anderen Bundesländern attraktiver werden. Eine höhere Einstufung der Grundschullehrkräfte muss allerdings mit einem Zuwachs an Qualität und damit einer entsprechenden Qualifizierung einhergehen. Deswegen gilt es zu überprüfen, inwiefern die Inhalte der Lehramtsstudiengänge noch den Anforderungen an den Grundschulen entsprechen. Neue pädagogische Anforderungen ergeben sich unter anderem aus der inklusiven Beschulung, der Integration Geflüchteter und der Gestaltung der Ganztagschule. Sofern diese im Rahmen der Studiengänge nicht ausreichend abgebildet werden, sollte über eine Verlängerung der Studienzeit diskutiert werden. Eine Verlängerung muss dann auch eine Anpassung der Einstufung der Grundschullehrkräfte in A13/E13 zur Folge haben. Wichtig für die SPD ist auch eine Anpassung der Arbeitszeitverordnung für Lehrkräfte, die besser auf die aktuellen Herausforderungen des Lehrerberufs eingeht. Eine reine Orientierung an Deputatsstunden wird der Situation der Lehrkräfte an den Schulen im Land nicht mehr gerecht. Bundesweite Studien zeigen, dass Lehrkräfte durchschnittlich 49 Stunden pro Woche arbeiten (Ferien bereits eingerechnet) und damit dauerhaft Mehrarbeit leisten. Eine Arbeitszeitverordnung muss die Aufgaben der Lehrkräfte realitätsnah erfassen. Sie ist damit wichtiger Bestandteil einer besseren Personalplanung des Kultusministeriums, die sich stärker als bisher an den tatsächlichen Bedarfen und Ressourcen der Schulen orientiert. Im Rahmen einer Diskussion um eine Arbeitszeitverordnung müssen Präsenzzeiten an der Schule reflektiert werden, die sich ggf. mehr an einer Wochenarbeitszeit oder Jahresarbeitszeit orientieren als an zu leistenden Schulstunden. Die Schule selbst müsste mit der Umsetzung einer solchen Arbeitszeitverordnung stärker als bisher als Arbeitsplatz begriffen werden. Dazu zählt die Einrichtung von festen Arbeitsplätzen für Lehrkräfte in den Schulen und von Ruheräumen, die insbesondere im Ganztagsbetrieb notwendig sind.</p>	<p>Lehrkräftemangel beheben, Versorgungsgrad auf mindestens 106% erhöhen. Stellenstreichungen rückgängig machen. Gymnasiallehrkräfte ohne Stellenangebot in die GS. Anderweitig eingesetzte Lehrkräfte zurück an die GS. Berufsbild GS muss attraktiver werden. Höhere Einstufung muss mit Zuwachs an Qualität und entsprechender Qualifizierung einher gehen. Inhalte des Lehramtsstudiengangs an Anforderungen der GS anpassen (Inklusion, Integration Geflüchteter, GTS). Studienzeit muss diesen Inhalten entsprechen. Folge derer Verlängerung: Anpassung der Besoldung. Anpassung der Arbeitszeitverordnung an aktuelle Herausforderungen. Ständige Mehrarbeit abbauen. Arbeitszeitverordnung wichtiger Bestandteil einer besseren Personalplanung mit Orientierung an den tatsächlichen Bedarfen. Präsenzzeiten an den Schulen reflektieren mit Orientierung nicht am Deputat sondern an Wochen- oder Jahresarbeitszeit. Feste Arbeitsplätze und Ruheräume an Schulen insbesondere an GTS.</p>

<p>GRÜNE Der Lehrer*innenmangel im Land trifft Grundschulen ganz besonders, vor allem die kleinen Grundschulen im ländlichen Raum. In der vergangenen und hiesigen Legislaturperiode haben wir die Grundschulen mit insgesamt 820 zusätzlichen Deputaten unterstützt. Wir haben die Kontingentstundentafel erhöht und den Grundschulen vier Lehrerwochenstunden für besondere Förderangebote eingerichtet. Um den besonderen Lehrer:innenmangel an den Grundschulen abzufedern, haben wir 400 zusätzliche Studienanfängerplätze für das Grundschul-Lehramt an den Pädagogischen Hochschulen geschaffen. Damit stellen wir eine wichtige Weiche, um die Versorgungslage und den künftigen Bedarf an unseren Grundschulen mit qualifizierten Lehrkräften maßgeblich zu verbessern. Wir stärken die Schulleitungen der Grundschulen, indem wir die Besoldung aller Schulleiter*innen an den Grundschulen auf A13 anheben. Damit bringen wir die Schulleiter*innen kleinerer Schulen auf Augenhöhe mit den größeren Schulen.</p>	<p>In der laufenden Legislatur 820 zusätzlich Deputate eingerichtet, Kontingentstundentafel erhöht, vier Stunden für Förderangebote eingerichtet. Zusätzlich 400 Studienplätze für GS eingerichtet. Besoldung aller Schulleitungen der GS soll auf A13 angehoben werden.</p>
<p>CDU Als CDU stehen wir für einen leistungsstarken und attraktiven Lehrerberuf in Baden-Württemberg. Wir haben die Zahl der Grundschullehrer-Studienplätze deutlich erhöht, was auch dringend notwendig war. Dies gilt es im Lichte der Schülerzahlentwicklung erneut zu prüfen, gegebenenfalls ist die Zahl der Studienplätze auch weiter auszubauen. Zudem wurde ein Qualifizierungsprogramm für 5.000 HWRS-Lehrkräfte aufgelegt. Dieses wollen wir bedarfsgerecht weiterführen.</p>	<p>Zahl der GS-Studienplätze erhöht. Zu prüfen, ob das ausreicht. Muss ggfs. weiter ausgebaut werden. Qualifizierungsprogramm für 5.000 HWRS-Lehrkräfte aufgelegt. Wird bedarfsgerecht weitergeführt.</p>

5. Kinder in der Grundschule brauchen eine inklusive Schule

<p>FDP/DVP Wir streben für alle Menschen mit Behinderungen oder mit besonderem Förderbedarf die bestmögliche Bildung an. Das Wohl des einzelnen Kindes muss im Mittelpunkt stehen. In der Inklusion sehen wir die Chance auf mehr Wahlmöglichkeiten für die Bildung von Kindern mit Behinderungen. Mehr Wahlmöglichkeiten entstehen aber nur, wenn wir gleichzeitig die Sonderpädagogischen Bildungs- und Beratungszentren (SBBZ) erhalten und stärken, was wir Freie Demokraten ausdrücklich wollen. Mit den SBBZ stehen in Baden-Württemberg hervorragend qualifizierte Schulen bereit, auf die wir nicht verzichten wollen. Sie bieten in vielen Fällen das beste Bildungsangebot für die betroffenen jungen Menschen.</p> <p>Daneben ist im Bereich der Grundschulen wie im Bereich der weiterführenden Schulen in geeigneten Fällen eine Inklusion der betroffenen Schülerinnen und Schüler in die allgemeinen Schulen möglich. Diese gelingt allerdings wegen begrenzter personeller und technischer Ressourcen nicht immer reibungslos. Für die bestmögliche Bildung für Kinder mit Behinderungen oder mit besonderem Förderbedarf wollen wir bei der Einrichtung von Inklusionsangeboten vor allem auf die Qualität achten; ein wichtiger Beitrag zur Qualitätssicherung ist das Zwei-Pädagogen-Prinzip, konkret die Zusammenarbeit sowohl einer allgemeinen als auch einer sonderpädagogischen Lehrkraft in einem Inklusionsangebot an einer allgemeinen Schule. Sowohl für die SBBZ und ihre Außenklassen als auch für die Inklusionsangebote muss die Versorgung mit Lehrkräften sichergestellt werden, die über eine Qualifikation im Bereich der Sonderpädagogik verfügen. Wir werden die dringend benötigten zusätzlichen Studienplätze in den Studiengängen für das Lehramt Sonderpädagogik schaffen. Es ist nicht zu vertreten, dass zahlreiche Studienbewerber, die sich für diesen wichtigen und anspruchsvollen Beruf entscheiden wollen, am Numerus clausus scheitern. Darüber hinaus müssen Grundlagen des gemeinsamen Unterrichts für Kinder mit und ohne Behinderungen auch Gegenstand der allgemeinen Lehrerbildung sein. Dies kann und darf aber in keiner Weise eine vollwertige sonderpädagogische Qualifikation ersetzen.</p> <p>Eine wesentliche Voraussetzung für Inklusion ist die Barrierefreiheit. Deshalb setzen wir uns dafür ein, dass Schulgebäude barrierefrei ausgebaut werden sowie die Digitalisierung vorangetrieben und im Unterricht genutzt wird.</p> <p>Eine gute Kombination der Vorgehensweisen sind die Außenklassen der Sonderpädagogischen Bildungs- und Beratungszentren, so genannte „kooperative Organisationsformen“, die den allgemeinbildenden Schulen angegliedert sind und mit diesen in vielfältiger Weise kooperieren. Wir werden weitere Außenklassen der Sonderpädagogischen Bildungs- und Beratungszentren an allgemein Schulen einrichten und die Kooperation fördern. Wir schlagen vor, dass die Verantwortlichen in jeder Bildungsregion ein vor Ort passendes Angebot von SBBZ, Inklusionsklassen und Außenklassen entwickeln. Für Inklusionsangebote an allgemeinen Schulen wollen wir eine fachliche Betreuung der betreffenden allgemeinbildenden Schulen durch die SBBZ vorsehen. Insgesamt treten wir dafür ein, dass über die schulische Situation von Kindern mit Behinderungen beziehungsweise mit besonderem Förderbedarf in Baden-Württemberg regelmäßig ein fundierter Bericht erstellt wird.</p>	<p>Alle Menschen mit Behinderungen oder bes. Förderbedarf sollen bestmögliche Bildung erhalten. Im Mittelpunkt: das Wohl des Kindes. Inklusion bietet mehr Wahlmöglichkeiten. Dazu sind SBBZ zu erhalten und zu stärken. Sie bieten in vielen Fällen das beste Angebot für die Betroffenen. Daneben Inklusion in geeigneten Fällen in den allgemeinbild. Schulen. Derzeit allerdings sind die vorhandenen Ressourcen personell und technisch begrenzt. Bei inklusiven Settings auf Qualität achten. Dazu Zwei-Pädagogen-Prinzip umsetzen. Versorgung mit Lehrkräften sicherstellen mit entsprechender Qualifikation. Zusätzliche Studienplätze für das Lehramt an Sonderpädagogik schaffen, Numerus Clausus darf keine Barriere sein. Gemeinsamer Unterricht muss Gegenstand der allgemeinen Lehrerbildung sein. Barrierefreiheit in den Schulen schaffen, Digitalisierung vorantreiben. Außenklassen der SBBZ sind gutes Modell, weitere sollen eingerichtet werden. Verantwortliche vor Ort sollen regional passende Inklusions-Angebote an SBBZ, Inklusions- und Außenklassen errichten. Regelmäßige, fundierte Berichterstattung zur schulischen Situation von Kindern mit Behinderungen bzw. mit besonderem Förderbedarf sollte erfolgen.</p>
<p>SPD Die erfolgreiche Umsetzung der Inklusion stellt immer noch eine große Herausforderung für die Schulverwaltung dar. Zu diesem Thema hat die SPD-Landtagsfraktion ein Positionspapier mit dem Titel „Die inklusive Schule – von der Vision zur erfolgreichen Praxis“ verfasst. Die zentralen Punkte hierin sind:</p> <ul style="list-style-type: none"> • Das Verständnis von Heterogenität als Norm fördern • Die Erarbeitung von „Inklusionsentwicklungsplänen“ an allen Schularten vorantreiben • Landesweit einheitliche Verfahren bei der Feststellung des Anspruchs auf ein sonderpädagogisches Bildungsangebot, Schulwegekonferenzen und Beratung der Eltern sicherstellen • Die kurzfristige bzw. vorübergehende Monetarisierung von nicht besetzten Lehrstellen ermöglichen • Umsetzung eines Stufenmodells zur besseren Versorgung der Schulen mit sonderpädagogischen Lehrkräften beschließen • Einen Modellversuch zum Aufbau multiprofessioneller Teams an allgemeinbildenden und beruflichen Schulen durchführen • Eine neue Bedarfsberechnung für sonderpädagogische Lehrkräfte auf Grundlage des Stufenmodells vornehmen und passgenaue Fortbildungen anbieten • Klare Aufgaben für Schulbegleitungen definieren, entsprechende Qualifizierungen vornehmen und die notwendigen Ressourcen bereitstellen • Schulleitungen gezielt bei der Umsetzung der Inklusion unterstützen und sie angemessen ausstatten <p>Die Rahmenbedingungen für die Einbindung der SBBZ in die regionale Schulentwicklung erarbeiten und veröffentlichen</p>	<p>S. Positionspapier der SPD-Landtagsfraktion zur inklusiven Schule. Dazu s. Spiegelpunkte im Text links.</p>

<p>GRÜNE Wir denken Bildungspolitik vom Kind aus. Jedes Kind ist eine einzigartige Persönlichkeit mit eigenen Talenten und Fähigkeiten, mit individuellen Stärken und Schwächen. Wir sind überzeugt: Das Bildungssystem muss individuelle Entwicklungswege und gesellschaftliche Teilhabe ermöglichen. In den nächsten Jahren gilt es, mehr Lehrkräfte mit Kompetenzen für die Inklusion auszubilden und einzustellen. Eine gute inklusive Bildung muss mit ausreichenden personellen Ressourcen ausgestattet werden. Wir wollen deshalb den Bedarf an Sonderpädagog:innen so berechnen, dass in inklusive Settings das Zwei-Pädagog:innenprinzip realisiert werden kann. Dafür muss die Kapazität der Studienplätze in Sonderpädagogik - auch im Aufbaustudium - erhöht und die berufsbegleitende Qualifizierung ausgebaut werden. Wir wollen ein Modell entwickeln, das Lehrkräften mit einer anderen Lehramtsausbildung berufsbegleitend mit entsprechenden Freistellungen ein Aufbaustudium ermöglicht. Alle Schulen müssen sich für Inklusion öffnen. Dafür soll in jedem Schulamtsbezirk ein Zeitplan für einen inklusive Schulentwicklungsprozess an allen Schulen erstellt werden.</p>	<p>Bildungspolitik vom Kind aus gedacht. Das Bildungssystem muss individuelle Entwicklungswege und gesellschaftliche Teilhabe ermöglichen. Mehr Lehrkräfte für Inklusion ausbilden und einstellen. Personalausstattung so verbessern, dass das Zwei-Pädagogen-Prinzip realisiert werden kann. Studienkapazität erhöhen, berufsbegleitende Qualifizierung ausbauen. Alle Schulen müssen sich für Inklusion öffnen. Dazu in jedem SSA-Bezirk Zeitplan erstellen.</p>
<p>CDU Für jedes Kind und jeden Jugendlichen mit einer Behinderung oder einem sonderpädagogischen Beratungs- und Unterstützungsbedarf suchen wir die jeweils beste Lösung. Wir stellen sicher, dass Eltern zwischen dem Besuch einer allgemeinen Schule und einem sonderpädagogischen Bildungs- und Beratungszentrum wählen können. In der frühkindlichen Bildung unterstützen wir die Träger dabei, Kindern mit sonderpädagogischem Förderbedarf ein bedarfsgerechtes Bildungsangebot zu machen. Wir stehen zur Mehrgliedrigkeit sonderpädagogischer Bildung: Neben den hochgradig qualitätsvollen und individuellen Lernumgebungen der SBBZen braucht es einen weiteren personellen Aufwuchs sonderpädagogisch geschulter Pädagogen für inklusive Bildungsangebote und eine weitere Stärkung des niederschweligen sonderpädagogischen Dienstes.</p>	<p>Für jedes Kind mit Behinderung oder sonderpäd. Unterstützungsbedarf die jeweils beste Lösung finden. Eltern haben die Wahl zwischen SBBZ und allgemeinb. Schule. Bedarfsgerechtes Bildungsangebot in der frühkindlichen Förderung schaffen. Neben SBBZ weiterer Ausbau sonderpäd. geschulter Personen für inklusive Settings, weitere Stärkung des niederschweligen sonderpäd. Dienstes.</p>

6. Kinder brauchen längeres gemeinsames Lernen

<p>FDP/DVP Baden-Württemberg hat nach dem Leitsatz in Artikel 11 Absatz 1 der Landesverfassung gehandelt und ein vielfältiges, differenziertes und leistungsorientiertes Bildungsangebot geschaffen. So kann jeder Einzelne diejenige Schule finden, die zu ihm passt und ihm die besten Berufs- und Lebenschancen eröffnet. Wir Freie Demokraten setzen uns deshalb für den Erhalt unseres vielfältigen und differenzierten Schulwesens ein. Ein Einheitsschulsystem, aber auch ein zwangsweise verordnetes Zwei-Säulen-System, das nur noch zwei weiterführende Schularten wie beispielsweise das Gymnasium einerseits und die Gemeinschaftsschule andererseits kennt, bedeutet nach unserer Auffassung das Aus für erfolgreiche Schularten wie die Haupt-/Werkrealschule, die Realschule oder die beruflichen Vollzeitschulen. Wir sind überzeugt, dass dadurch Chancen in erheblichem Umfang zunichtegemacht würden. Es ist sicherlich kein Zufall, dass mit Sachsen, Bayern und Thüringen drei Länder bei den bundesweiten Schüler Leistungsvergleichen insbesondere in den Naturwissenschaften und Mathematik erstklassig abschneiden, die über ein gegliedertes und differenziertes Bildungssystem verfügen. Dabei betonen wir unser Bekenntnis zur Durchlässigkeit des Bildungssystems: kein Abschluss ohne Anschluss.</p> <p>Wir wollen außerdem die mangelnde Verlässlichkeit in der Bildungspolitik beenden und den Schulen einen geeigneten, über Regierungswechsel hinaus verlässlichen Rahmen für eine exzellente Bildungsarbeit geben. Dazu braucht es einen Kraftakt für weltbeste Bildung in Baden-Württemberg. Dieser Kraftakt soll jedoch ausdrücklich keine Einigung auf den kleinsten gemeinsamen bildungspolitischen Nenner sein. Vielmehr zielt diese Anstrengung darauf ab, unserem Schulwesen Freiheit zu sichern – Freiheit vor Bevormundung durch die jeweilige Regierung und Freiheit zur Gestaltung eines den Bedürfnissen des Einzelnen entsprechenden, zu den Bedingungen vor Ort passenden und an der Qualität orientierten Bildungsangebots. Zentraler Bestandteil des Kraftakts muss deshalb einerseits der Bestandsschutz für die bestehenden Schularten sein und andererseits eine verlässliche, auskömmliche und fair berechnete Ausstattung und Finanzierung aller Schularten – ohne Privilegierungen oder Zurücksetzungen. Wie das jeweilige Schulangebot ausgestaltet ist, wo welche Schulart angeboten wird oder ob ein Schulverbund gebildet wird, entscheiden die fürs Bildungswesen vor Ort Verantwortlichen entsprechend der lokalen Bedarfslage selbstständig.</p> <p>Wie oben bereits erwähnt, wollen wir eine verbindliche Grundschulempfehlung wiedereinführen, um die Bildung von Klassen aus Schülern mit vergleichbaren Begabungen und Leistungsvoraussetzungen zu erleichtern. Die weiterführenden Schulen sollen in eigener Verantwortung über die von der Grundschulempfehlung abweichende Bewerbung entscheiden dürfen. Für eine gelebte Bildungspartnerschaft zum Wohle aller Kinder und Jugendlichen bedarf es einer Kultur des intensiven Austauschs und der echten Zusammenarbeit. Dies bedeutet für beide Seiten Möglichkeiten und Pflichten zugleich. Neben kurzen Wegen der Kontaktaufnahme bedarf es fester Formen der Kontaktpflege beispielsweise in Form von verbindlichen Eltern-Lehrer-Gesprächen. Der Erfahrungs- und Informationsaustausch der betroffenen Eltern, Schüler und Lehrkräfte ist gerade auch für einen gelingenden Übergang von der Grundschule in die weiterführende Schule von entscheidender Bedeutung. Was die Gemeinschaftsschule angeht, sind wir nach wie vor skeptisch, inwieweit sie die Versprechungen einlösen kann, mit denen die damalige grün-rote Landesregierung die Schulart einführte. Im Sinne des von uns bereits im Jahr 2014 vorgeschlagenen Schulfriedens wollen wir die Gemeinschaftsschule jedoch nicht abschaffen. Wenn vor Ort eine Gemeinschaftsschule gewünscht wird, tragen wir diese Entscheidung mit. Aber wir wollen erreichen, dass für die Gemeinschaftsschulen dieselben Bedingungen wie für die übrigen weiterführenden Schularten gelten. Deshalb treten wir dafür ein, die Privilegierung der Gemeinschaftsschule gegenüber anderen weiterführenden Schulen vollständig zu beenden, beispielsweise durch eine Angleichung des Klassenteilers. Insbesondere auch da sie den Beruflichen Gymnasien ohne Not Konkurrenz machen, wollen wir keine weiteren Oberstufen an Gemeinschaftsschulen zulassen; die bereits eingerichteten Gemeinschaftsschul-Oberstufen müssen sich zudem einer Evaluation unterziehen. Gleichzeitig wollen wir den Gemeinschaftsschulen das Recht geben, Noten und Nichtversetzen wieder einzuführen und Klassen auf unterschiedlichen Leistungsniveaus zu bilden.</p>	<p>Vielfältiges und differenziertes Schulsystem erhalten. Ein Einheitsschulsystem auch ein zwangsweise verordnetes Zwei-Säulen-System bedeutet das Aus für erfolgreiche Schularten wie die Haupt-/Werkrealschule, die Realschule oder die beruflichen Vollzeitschulen. Dies macht Chancen zunichte, die das diff. Schulsystem bietet. Die Durchlässigkeit des diff. Schulsystems muss gewährleistet sein. Schulen brauchen einen über Regierungswechsel hinweg verlässlichen Rahmen. Dazu Kraftakt für weltbeste Bildung in BW notwendig. Bestandteile: Bestandsschutz für bestehende Schularten und verlässliche, auskömmliche und fair berechnete Ausstattung und Finanzierung aller Schularten ohne Privilegierungen oder Zurücksetzungen. Entscheidungen über Ausgestaltung werden vor Ort getroffen. Wiedereinführung der verbindlichen GSE. Die weiterführenden Schulen entscheiden in eigener Verantwortung über die von der GSE abweichende Bewerbung. Kultur des Austauschs und der Zusammenarbeit zwischen den Beteiligten ist zum Wohle der Kinder notwendig. Dazu kurze Wege der Kontaktaufnahme und feste Formen der Kontaktpflege (verbindliche L-Eltern-Gespräche). Stellung zur GMS weiter skeptisch, sollen jedoch (Schulfrieden) nicht abgeschafft werden. Bedingungen der GMS den der übrigen weiterführenden Schulen anpassen (Angleichung Klassenteiler, keine weiteren Oberstufen). Genehmigte Oberstufen müssen sich einer Evaluation unterziehen. Noten und Nichtversetzung wieder einführen, Klassen auf unterschiedlichen Leistungsniveaus bilden.</p>
---	--

<p>SPD Für die SPD umfasst ein modernes Schulsystem zwei starke Säulen: eine integrierte Schulform, die den Hauptschulabschluss, die mittlere Reife und das Abitur anbietet, so- wie das acht- oder neunjährige Gymnasium. Haupt- und Werkrealschulen, Realschulen und Gemeinschaftsschulen wollen wir langfristig zu dieser integrativen Säule weiterentwickeln. Das Konzept der Gemeinschaftsschule ist derzeit die beste Blaupause dafür, wie die Arbeit in heterogenen Gruppen in integrativen Bildungsgängen aussehen kann. Diese Ansätze müssen fortgeschrieben und die Ausstattung der Schulen angepasst werden. Anderen Schularten müssen mehr Anreize gegeben werden, um mit einer heterogeneren Schülerschaft umzugehen, z.B. durch entsprechende Weiterqualifizierungsangebote.</p>	<p>Modernes Schulsystem mit zwei Säulen: integrierte Schulform (HS-Abschluss, mittlere Reife, Abitur) und Gymnasium (8 oder 9 Jahre). GMS bietet beste Blaupause für die integrierte Schulform. Diese Ansätze fortschreiben, Ausstattung der Schulen anpassen. Mehr Anreize für andere Schulen, um mit heterogener Schülerschaft umzugehen. Entsprechende Weiterbildungsangebote notwendig.</p>
<p>GRÜNE Grüne Schulpolitik verfolgt das klare Ziel, allen Schüler*innen - unabhängig von ihrer sozialen, ethnische und regionalen Herkunft - einen bestmöglichen Bildungsabschluss zu ermöglichen. Bildungsarmut - und damit nicht selten auch materielle Armut - werden bei uns noch immer viel zu oft vererbt. Wesentliche Gründe sind die frühe Sortierung der Schüler:innen durch das gegliederte Schulsystem. Wir Grüne setzen uns auch weiterhin dafür ein, dass alle Kinder und Jugendliche bestmöglich gefördert werden und von Anfang an beste Chancen bekommen. Mit der Einführung der Gemeinschaftsschule haben wir in Baden-Württemberg eine Schule, an der längeres gemeinsames Lernen gelebt wird.</p>	<p>Alle SuS sollen bestmöglichen Bildungsabschluss erhalten. Bildungsarmut (und damit oft auch materielle Armut) ist zu verhindern. Ursache: frühe Sortierung der SuS im gegliederten Schulsystem. GMS lebt längeres gemeinsames Lernen und fördert alle SuS bestmöglich.</p>
<p>CDU Wir stehen nach wie vor zu dem bewährten gegliederten Schulsystem, das den unterschiedlichen Begabungen und Neigungen der Schülerinnen und Schüler gerecht wird. Besonderen Wert legen wir auf die zahlreichen Möglichkeiten des Übergangs und des Anschlusses. Diese flexible und zugleich klar leistungsorientierte Schullandschaft gilt es zu erhalten und mit Blick auf die zentralen Aspekte Qualität und Leistung zu entwickeln.</p>	<p>Das gegliederte Schulsystem wird den unterschiedlichen Begabungen und Neigungen der SuS gerecht. Zahlreiche Möglichkeiten des Übergangs und des Anschlusses sind zu erhalten. Das befördert die zentralen Aspekten Qualität und Leistung.</p>